

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Mai 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 542 Anfrage Studhalter Irina und Mit. über den Fachkräftemangel in der Heilpädagogik und der Logopädie / Bildungs- und Kulturdepartement

Irina Studhalter ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Irina Studhalter: Die Antworten des Regierungsrates sind ernüchternd. Als erstes möchte ich betonen, dass der Regierungsrat selbst die aktuelle Situation als ernst und zunehmend herausfordernd erachtet. Wir haben sowohl in der Heilpädagogik als auch in der Logopädie einen massiven Fachkräftemangel. Stellen werden mit nicht oder nicht vollständig ausgebildeten Personen besetzt oder bleiben sogar vakant. Mir ist es deshalb wichtig festzuhalten, erstens: Der Mangel ist riesig. Egal mit welchem Szenario gerechnet wird, wir haben viel zu wenig Fachpersonen. Der Regierungsrat bestätigt diese Problemlage. Fachkräfte sind die Basis der integrativen Schule. Ohne Fachkräfte gibt es keine integrative Schule. Das betrifft immer und in jedem Fall Kinder und Jugendliche. Zweitens: Etwa die Hälfte aller Sonderschulplätze im Kanton Luzern sind in privaten Schulen. Zu diesen hat der Kanton keine Daten über die Qualifikationen des Personals. Der Kanton hat gemäss Sonderschulkonkordat aber eine Aufsichtspflicht. Ich wage zu bezweifeln, dass er diese wahrnehmen kann, wenn er über keine Daten verfügt. Drittens: Der Regierungsrat bestätigt, dass die bisherigen Massnahmen für mehr Fachkräfte nicht reichen. Wir können nüchtern festhalten, dass wir eine Strategielücke haben. Dem Kanton fehlt eine Strategie, um diese massive Lücke schliessen zu können. Es fehlt nicht nur an griffigen Massnahmen, sondern grundsätzlich an Massnahmen. Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) hat es bis jetzt nicht geschafft, diese Krise anzugehen. Die Konsequenzen davon – und hier können wir ruhig etwas weniger nüchtern sein – spüren die Kinder und die Jugendlichen, welche die Schule besuchen: diejenigen mit Förderbedarf, diejenigen mit Behinderungen und diejenigen, die einen rechtlichen Anspruch auf individuelle Fördermassnahmen haben. Bei diesen Kindern macht jedes Schuljahr mit fachlicher Unterstützung einen Unterschied. Jedes Schuljahr, das wir ohne Massnahmen verstreichen lassen, ebenfalls. Wenn sie aus der Schule kommen, steht in ihrem Zeugnis Sonderschule, ohne dass sie von Fachpersonen begleitet wurden. Es fehlt ihnen an Kompetenzen, die sie nicht lernen konnten. Auf diese Weise tragen sie persönlich und individuell die Konsequenzen des Fachkräftemangels. Das ist nicht akzeptabel.

Claudia Senn-Marty: Die Anfrage greift ein für unsere Volksschule zentrales Thema auf: Den Fachkräftemangel in der schulischen Heilpädagogik und der Logopädie. Die Antwort des Regierungsrates zeigt, dass die Situation ernst ist. Viele Stellen können heute nur mit Personen ohne vollständige heilpädagogische Ausbildung besetzt werden oder bleiben

unbesetzt. Das führt zu Verzögerungen bei Fördermassnahmen und erhöht gleichzeitig die Belastung des vorhandenen Personals. Gerade in einer integrativen Schule sind gut ausgebildete Fachpersonen entscheidend. Sie unterstützen die Lehrpersonen im Unterricht, tragen zur Früherkennung von Schwierigkeiten bei und helfen, die Herausforderungen im Schulalltag frühzeitig aufzufangen. Wenn diese Ressourcen fehlen, geraten sowohl die Qualität der Förderung als auch die Arbeitsbedingungen an den Schulen unter Druck. Aus Sicht der GLP ist deshalb klar, dass der Fachkräftemangel im heilpädagogischen Bereich nicht nur eine Personalproblem ist, sondern eine zentrale bildungspolitische Herausforderung. Positiv ist, dass die Regierung das Problem anerkennt und bereits Massnahmen eingeleitet hat, zum Beispiel die Mitfinanzierung des Masterstudiums in schulischer Heilpädagogik oder den Ausbau des neuen Bachelorstudiengangs Logopädie an der Pädagogischen Hochschule Luzern (PH Luzern). Solche Investitionen in die Ausbildung sind aus unserer Sicht der richtige Weg. Gleichzeitig zeigt die Antwort leider auch, dass die bestehenden Ausbildungszahlen noch nicht ausreichen, um dem heutigen Mangel vollständig zu begegnen. Deshalb ist es wichtig, weitere Schritte zu prüfen, zum Beispiel bei der Nachqualifizierung von bereits tätigen Lehrpersonen oder der Attraktivität dieser wichtigen Berufe. Für uns steht fest: Eine starke Volksschule benötigt genügend qualifizierte Fachpersonen, gerade im Bereich der Heilpädagogik und Logopädie. Nur so kann die integrative Schule langfristig funktionieren und allen Kindern gerecht werden. Die Anfrage trägt dazu bei, diese Herausforderungen sichtbar zu machen.

Urs Christian Schumacher: Bei der Anfrage geht es um die Feststellung, dass das Gros der IF- und IS-Lehrpersonen (IF: Integrative Förderung, IS: Integrative Sonderschulung) keine vollständige Ausbildung hat. Berücksichtigt man die zahlreichen Teilzeitpensen dieser Lehrpersonen, betrifft das 1800 oder 2000 Personen oder gut drei Viertel, die ohne vollständige Ausbildung unterrichten. Vor der Umsetzung des Sonderschulkonkordates wurden Kinder mit einem besonderen pädagogischen Bedürfnis in Klein- oder Förderklassen unterrichtet. Die zahlreichen Teilzeitstellen für IF und IS sind auch ein Folge des übertriebenen Integrationsmodells. Und dies, obwohl gemäss Art. 5 Abs. 4 der UN-Behindertenrechtskonvention besondere Massnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, nicht als Diskriminierung im Sinn dieses Übereinkommens gelten und somit die Schulung in einer Klein- oder Förderklasse nach wie vor statthaft wäre. Was heisst es jetzt aber, dass ein derart hoher Prozentsatz an Förderlehrpersonen nicht vollständig ausgebildet ist? Heisst das, dass die Förderpraxis im Kanton Luzern nicht hinreichend gut ist? Oder dass Lehrpersonen ohne vollständigen Abschluss diese Aufgaben ebenso gut leisten können? Oder dass das Integrationsmodell an der Realität gescheitert ist, da bei weitem nicht hinreichend Fachkräfte für dieses Modell zur Verfügung stehen? Dass ein derart hoher Prozentsatz der Lehrpersonen nicht PH-konform ausgebildet ist und es im Schulalltag dennoch funktioniert, heisst ganz einfach, dass bei der Wirksamkeit der Sonderpädagogik die pädagogische Erfahrung, die Intuition, das Engagement und die persönliche Beziehung zum Schulkind viel wesentlicher sind als das theoretische Wissen aus dem Hochschulabschluss und die entsprechende Lohnklasse. Daher sollten wir diese IF- und IS-Lehrpersonen viel mehr an ihrer konkreten pädagogischen Erfahrung und ihrer Praxistauglichkeit messen als an ihren Diplomen.

André Renggli: Die Antwort des Regierungsrates zeigt deutlich, dass der Fachkräftemangel in der Logopädie und der schulischen Heilpädagogik real und ernst ist. Das zeigt auch meine tägliche Arbeit. Ich verzichte an dieser Stelle explizit auf Zahlen, die konnten Sie der Antwort des Regierungsrates entnehmen. Grundsätzlich sind diese aber sehr problematisch. Die

integrative Schule funktioniert nur dann richtig, wenn genügend qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind und Fachpersonen in den Klassenzimmern stehen. Sie entlasten die Klassenlehrpersonen, unterstützen Kinder mit besonderem Förderbedarf und tragen wesentlich zu einem funktionierenden Schulalltag bei. Der Regierungsrat bestätigt zudem, dass offene Stellen häufig mit Personen ohne passende Ausbildung besetzt werden müssen und zum Teil sogar vakant bleiben. Das zeigt, dass wir nicht nur ein quantitatives, sondern teilweise leider auch ein qualitatives Problem haben. Es ist zwar positiv, dass gewisse Massnahmen eingeleitet wurden, aber leider ist das nur ein Schritt in die richtige Richtung und reicht noch nicht. Auch mit den Studienstarts haben wir nach wie vor zu wenig Fachpersonal in diesem Bereich, was am Schluss auf dem Rücken unserer Kinder ausgetragen wird. Die integrative Schule ist ein gesetzlicher Auftrag und ein zentraler Bestandteil unseres Schulsystems. Ich erwarte deshalb auch von unserem Rat, dass wir die nötigen Ressourcen sprechen, die für eine erfolgreiche integrative Förderung erforderlich sind. Die Kosten sind laut Regierungsrat tiefer als bei einer separativen Beschulung, aber wir müssen sie sprechen. Wir dürfen keine Ressourcen streichen oder verringern, nur damit wir im Anschluss sagen können, dass die integrative Schulung nicht funktioniert. Sie funktioniert, aber wir müssen die nötigen Ressourcen sprechen. Werden sie nicht gesprochen, tragen wir es auf dem Rücken unserer Kinder und ihrer Bildung aus. Das wollen wir alle hoffentlich nicht.

Tobias Käch: Dieser Fachkräftemangel existiert leider auch in vielen anderen Bereichen und Branchen. Aus den Antworten der Regierung lese ich, dass sie das Problem erkannt und gezielte Massnahmen umgesetzt hat. Die Zahlen in der Antwort sind positiv, wonach 20 oder mehr Luzernerinnen und Luzerner eine Ausbildung in diesem Bereich starten. Aufgrund dieser Zahlen habe ich das Gefühl, dass dieses Problem nicht mehr so lange existiert.

Sabine Heselhaus: Mit der Neugestaltung des Aufgaben- und Finanzausgleichs und dem Sonderpädagogikkonkordat ist die Verantwortung für die Bildung von Kindern mit besonderem Bildungsbedarf klar den Kantonen zugewiesen worden. Diese Verantwortung umfasst nicht nur die organisatorische Bereitstellung von Angeboten, sondern ausdrücklich auch die Sicherstellung einer qualitativ angemessenen Förderung durch dafür qualifizierte Fachpersonen. Für Kinder mit Behinderungen und Lernbeeinträchtigungen ist diese Förderung ein Tor für den Zugang zu Bildung und somit auch zu unserer Gesellschaft. In der Antwort beschreibt der Regierungsrat die Situation in der Heilpädagogik und der Logopädie als ernst und angespannt. Er hält fest, dass eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Bedarf und den verfügbaren Fachpersonen besteht und ein erheblicher Teil der Förderlektionen nicht von vollständig ausgebildeten heilpädagogischen Fachkräften erteilt wird. Gleichzeitig geht er davon aus, dass diese Unterdeckung auch in den kommenden Jahren nicht vollständig behoben sein wird. Damit ist anerkannt, dass der Kanton seine eigene Zielsetzung, eine qualitativ hochstehende sonderpädagogische Versorgung, derzeit nicht erreicht. Aus meiner Sicht folgt daraus eine klare Konsequenz: Wenn der Kanton seine Verantwortung in diesem Bereich ernst nimmt, genügt es nicht, auf die bestehenden Instrumente wie IF, individuelle Lernziele oder Fördergruppen zu verweisen. Entscheidend ist, ob diese Instrumente fachlich adäquat getragen sind. Dazu braucht es eine systematische Planung des Fachkräftebedarfs, realistische Szenarien, definierte Zielwerte für Ausbildung und Rekrutierung sowie ein regelmässiges Monitoring, das transparent macht, ob der Abstand zwischen Bedarf und Versorgung tatsächlich kleiner wird. Die Anfrage bietet die Gelegenheit, diesen Schritt zu vollziehen. Weg von der reinen Beschreibung einer angespannten Lage hin zu einer gesteuerten Entwicklung. Ich erwarte vom Regierungsrat, dass er die sonderpädagogische Versorgung als zentrale staatliche Aufgabe versteht und entsprechend mit klaren Zielen, mit abgestimmten Massnahmen in Ausbildung und Personalpolitik sowie

mit einer nachvollziehbaren Datengrundlage unterlegt. Nur so kann der Kanton den Anspruch der betroffenen Kinder und Familien auf eine verlässliche und qualitativ angemessene Förderung einlösen. Es geht hier nicht nur um Bildung, sondern um Prävention, die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und darum, gesellschaftliche Kosten langfristig und nachhaltig zu reduzieren.

Ronny Beck: Die Antwort des Regierungsrates zeigt sehr deutlich, dass wir im Bereich der Heilpädagogik und der Logopädie ein ernstes strukturelles Problem haben. Für die FDP ist deshalb klar, dass wir das System ehrlich betrachten müssen. Es reicht nicht, immer neue Ansprüche zu formulieren, wenn die personellen Ressourcen fehlen. Wir erwarten deshalb, dass der Regierungsrat nebst der Ausbildung auch strukturelle Fragen betreffend die integrative Schule angeht.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ja, Irinia Studhalter, der Mangel ist riesig, das wissen wir nicht zuletzt seit dem Vorstoss der heutigen Kantonsratspräsidentin, in welchem wir diese Zahlen bereits einmal dargelegt haben. Das Problem ist erkannt und wir haben Massnahmen ergriffen. Die Massnahmen wurden in der Antwort dargelegt. Es ist keine Entschuldigung, wenn ich Ihnen sage, dass es ein gesamtschweizerisches Phänomen ist. Es ist ja nicht so, dass diese Personen nur im Kanton Luzern fehlen. Es ist auch keine Strategielücke, denn wir haben Massnahmen ergriffen. Diese Massnahmen greifen. Zugegeben, wir wünschen uns auch, dass es schneller gehen würde. Das wünschen sich auch die Gemeinden. Aber wir sind aktiv und es geht in die richtige Richtung. Die Zahlen muss man etwas relativieren. Wir verlangen im Kanton Luzern höhere Anforderungen als in anderen Kantonen. Die Grundaussage bleibt aber, dass der Mangel in diesem sehr wichtigen und kritischen Bereich riesig ist. Tatsächlich ist das Herz der integrativen Schule davon betroffen. Die Fachkräfte sind entscheidend dabei, ob die integrative Schule Erfolg hat oder nicht. Es ist wichtig, dass wir es als bildungspolitische Kernmassnahme erkennen, wie von Claudia Senn-Marty gesagt. Sie hat auch erklärt, dass es gut ist, dass wir diese Massnahmen ergriffen haben und die Mitfinanzierung des Masters Heilpädagogik wichtig ist. Eine starke Volksschule braucht starke und adäquat ausgebildete Lehrpersonen. Urs Christian Schumacher, Erfahrung und Praxistauglichkeit sind wichtig, aber ohne Diplome geht es nicht. Wir wollen adäquat ausgebildete Lehrpersonen. Es liegt in unserer Verantwortung, dass die Lehrpersonen ihrer Aufgabe in den Klassenzimmern gewachsen sind. Nur Erfahrung genügt dabei nicht. André Renggli hat es richtig gesagt: Die heilpädagogischen Fachpersonen sind zentral. Die integrative Schule ist ein gesetzlicher Auftrag, dem wir entsprechen wollen. Deshalb haben wir diese Massnahmen ergriffen, weil wir den Handlungsbedarf anerkennen. Wir wollen das letztlich auch nicht auf dem Rücken der Kinder austragen. Wir brauchen diese Personen und tun alles dafür, dass wir sie erhalten. Ronny Beck hat zum Schluss gesagt, dass eine realistische Betrachtung nötig ist. Wenn ich realistisch bin, muss ich Tobias Käch sagen, dass es noch Zeit brauchen wird, bis wir alle Lehrpersonen so weit haben, dass sie adäquat ausgebildet sind. Wir strengen uns an und werden die ergriffenen Massnahmen monitoren und prüfen, ob sie wirksam sind. Wir werden dranbleiben. Es wird aber noch zehn bis 15 Jahre dauern, bis alle Lehrpersonen in diesem Bereich die entsprechenden Anforderungen erfüllen.